

AN ALLE PARTEIEN

Kernforderungen des KOK zum Koalitionsvertrag 2017



Betroffene von Menschenhandel und Ausbeutung haben einen Anspruch auf Schutz, Unterstützung und Durchsetzung ihrer Rechte - der KOK fordert deshalb einen rechtbasierten Ansatz bei der Bekämpfung des Menschenhandels, der die Betroffenen und ihre Rechte in den Fokus stellt.

Wir rufen die Politik auf, eine umfassende Strategie zur Stärkung der Rechte der Betroffenen und zur Bekämpfung aller Formen von Menschenhandel und Ausbeutung zu implementieren. Kernelemente dieser Strategie müssen sein:

SCHUTZ DER BETROFFENEN VON MENSCHENHANDEL UND AUSBEUTUNG

Um bedarfsgerechten Schutz und Unterstützung zu gewährleisten, ist eine systematische Identifizierung von Betroffenen aller Formen von Menschenhandel, auch im Kontext von Flucht und Asyl, notwendig. Grundlage hierfür ist ein breites Angebot an Schulungen und Sensibilisierungsmaßnahmen.

Der besonderen Situation minderjähriger Betroffener von Menschenhandel muss entsprochen werden. Sie benötigen spezielle, am Schutz des Kindeswohls ausgerichtete Unterstützungsstrukturen.

Ein flächendeckendes bundesweites Unterstützungsangebot für Betroffene aller Formen von Menschenhandel und Ausbeutung muss gesichert, Fachberatungsstellen müssen ausreichend und langfristig finanziert sein.

Die Vernetzung und Koordinierung der spezialisierten Fachberatungsstellen durch den KOK ist ein wichtiger Teil der zivilgesellschaftlichen Arbeit im Kampf gegen Menschenhandel. Unterstützen Sie die Arbeit des KOK!

DURCHSETZUNG DER RECHTE DER BETROFFENEN

Betroffene von Menschenhandel und Ausbeutung haben ein Recht auf Schutz, Unterstützung und Entschädigung. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass sie diese Rechte auch durchsetzen können.

Grundlage hierfür ist die Schaffung eines sicheren Aufenthaltstitels unabhängig von der Aussage im Strafverfahren für Betroffene aller Formen von Menschenhandel und Ausbeutung.

Zudem ist eine einheitliche und ausreichende Alimentierung für die Betroffenen notwendig, die ihren Bedürfnissen (bspw. auf medizinische oder therapeutische Versorgung) gerecht wird.

Des Weiteren braucht es ein modernes Entschädigungsrecht, das auch Betroffene von Menschenhandel und Ausbeutung mit einschließt. Ergänzend sollte ein Fonds zur Zahlung von Entschädigungsansprüchen der Betroffenen eingerichtet werden.

UMFASSENDE KOORDINATION UND BERICHTERSTATTUNG

Um eine umfassende Strategie gegen Menschenhandel und für die Rechte der Betroffenen auch gut umsetzen zu können, ist die Koordinierung auf politischer und behördlicher Ebene notwendig. Dazu sollte eine politische Koordinierungsstelle der Bundesregierung eingerichtet werden, die sich auf alle Ausbeutungsformen und Zielgruppen bezieht.

Zudem ist die Einrichtung einer unabhängigen Berichterstattungsstelle zügig umzusetzen.

Bestehende gesetzliche Regelungen sollten im Hinblick auf ihre Praxistauglichkeit und die Auswirkungen auf die Betroffenen, unter Einbindung der Fachakteure und der Zivilgesellschaft, entsprechend internationaler Vorgaben umfassend evaluiert werden.

Die effektive Bekämpfung des Menschenhandels sowie der Schutz und die Unterstützung der Betroffenen in Deutschland können nur gemeinsam gelingen!

Für den ausführlichen Forderungskatalog des KOK siehe www.kok-gegen-menschenhandel.de



Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.
Kurfürstenstr. 33 | 10785 Berlin | 030 263 911 76
info@kok-buero.de | www.kok-gegen-menschenhandel.de